

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### USA verzichten

(spk) Die USA haben sich verpflichtet, kein Plutonium und angereichertes Uranium für die Herstellung von Kernwaffen mehr herzustellen. Sie kündigten neue Vorstöße gegen die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln an. Wie im Ausenministeriums mitgeteilt wurde, wolle Washington nicht auf unterirdische Nuklearversuche verzichten, weil diese für die Erprobung der Sicherheit und Wirksamkeit gelagerter Nuklearwaffen erforderlich seien.

### Baker startet Nahost-Tour

Der amerikanische Ausenminister James Baker wird in der kommenden Woche nach Israel reisen, um nach dem Regierungswechsel in Jerusalem den Nahost-Friedensprozess wieder in Schwung zu bringen. Das kündigte Präsident George Bush in der Nacht auf den Dienstag an. Er gratulierte Ministerpräsident Yizhak Rabin zur Bestätigung seiner Regierung und lud ihn zu einem Besuch an seinen Ferienort Kennebunkport für Anfang August ein.

### Innerkoreanische Besuche

Süd-Korea hat am Dienstag bei den Verhandlungen über den geplanten Besucheraustausch den Vorschlag zurückgezogen, den 100 nord-koreanischen Gästen zu erlauben, Verwandte in deren Häuser zu besuchen. Der Besucheraustausch auf der geteilten koreanischen Halbinsel ist für Mitte August geplant. Am 20. Juli soll weiterverhandelt werden.

## Papst wird operiert

Rom (AP) Papst Johannes Paul II. muss sich möglicherweise schon heute Mittwoch einer Operation unterziehen. Wie die italienische Nachrichtenagentur ANSA unter Berufung auf die römische Gemelli-Klinik am Dienstag meldete, soll bei dem Eingriff entweder ein Darmverschluss beseitigt oder ein Dickdarmtumor entfernt werden. Unklar sei noch, ob nach einigen Tagen eine zweite Operation notwendig werden könnte.

Vatikansprecher Joaquin Navarro hatte um die Mittagszeit auf einer Pressekonferenz erklärt, die medizinischen Tests würden erst im Laufe des Tages abgeschlossen.

## Höhere Ausbildungsbeihilfen für Studierende aus Liechtenstein

Die Regierung erliess diese Woche die neue Verordnung zum kürzlich abgeänderten Gesetz über die staatlichen Ausbildungsbeihilfen

(mö) - Studierende aus Liechtenstein kommen in den Genuss höherer Stipendien. Nachdem der Landtag bereits im März eine entsprechende Abänderung des Gesetzes über die staatlichen Ausbildungsbeihilfen einhellig befürwortet hatte, ist am Montag dieser Woche nun auch von der Regierung die neue Verordnung zum geänderten Gesetz ausgegeben worden. Die erhöhten Beitragssätze gelten rückwirkend für die Frühjahrsauszahlung 1992, die im April erfolgte. Die bei Inkrafttreten des Gesetzes hängigen Gesuche werden ebenfalls nach den neuen Bestimmungen behandelt.

Die staatlichen Ausbildungsbeihilfen sind zuletzt auf Beginn des Jahres 1988 erhöht worden, so dass sich eine Anpassung der Beitragssätze an die zwischenzeitlich eingetretene Teuerung zweifellos aufdrängte, um die Ausbildungsbeihilfen in der bisherigen Kaufkraft beizubehalten zu können. Der Antrag der Regierung erhielt denn auch im Landtag die volle Zustimmung.

### Erhöhung der anerkannten Kosten

Gemäss abgeändertem Gesetz werden einerseits die Höchstsätze der anerkannten Kosten (Schulgelder und Lehrmittel sowie Lebenshaltungskosten) an die Teuerung angepasst, andererseits wird auch die Skala der Erwerbs- und Vermögensverhältnisse für die Abstufung der

Beiträge, die für den Anspruch auf Ausbildungsbeihilfen ebenfalls massgebend ist, neu festgeschrieben. Nach bisheriger Regelung begann die zumutbare Eigenleistung der Eltern bei einem steuerbaren Erwerb von 43'000-Franken. Nach dem jetzt gültigen Gesetz ist der Beginn der zumutbaren Eigenleistung der Eltern auf 50'000 Franken erhöht worden.

Die FDP-Abgeordneten Otmar Hasler und Georg Schierscher sowie Xaver Schädler (VU) hatten in diesem Zusammenhang während der Beratungen im Landtag darauf hingewiesen, dass die Abstellung auf den steuerbaren Erwerb problematisch sei und Ungerechtigkeiten erzeugen könne, da dieser nicht immer über das wirklich verfügbare Einkommen Auskunft gebe. Otmar Hasler damals wörtlich: «Indem der steuerbare Erwerb immer wieder als Kriterium für Begünstigungen und staatliche Hilfen herangezogen wird, kommt es in der Gesamtheit der staatlichen Förderungstätigkeit gerade in den mittleren Einkommensbereichen oft zu fragwürdigen Resultaten». Der Regierung sei dieses Problem bekannt, bemerkte dazu Regierungschef Hans Brunhart im Landtag. Wenn man nicht wirklich ein eigenes System für die Stipendienberechnung entwickeln wolle, komme man - so der Regierungschef an diesem Problem ohne Änderung unseres Steuersystems nicht vorbei.

### Wartefrist für Ausländer verkürzt

Eine weitere Neuerung betrifft die Wartefrist für Ausländer. Nach bisherigem Recht hatten in Liechtenstein wohnhafte Ausländer Anspruch auf Ausbildungsbeihilfen, wenn sie durch Verwandtschaft oder Heirat (die Mutter, die Ehegattin oder der Ehegatte sind Liechtensteiner) verbunden sind oder wenn die Eltern oder der Antragsteller selbst seit fünf Jahren in Liechtenstein ordentlichen Wohnsitz haben. Diese Frist von fünf Jahren kann nun bis auf zwei Jahre verkürzt werden, wenn der Heimatstaat eines Ausländers liechtensteinischen Landesbürgern dieselben Vorzüge gewährt.

### Ausdehnung der Elternunabhängigkeit

Schliesslich wird mit einer Neuregelung der Kreis der Schüler und Studenten, deren Gesuche ohne Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse der Eltern beurteilt werden sollen, auf die Verheirateten ausgedehnt. Die bisherigen, sehr einschränkenden Bestimmungen in dieser Hinsicht sind immer wieder auf Kritik gestossen. Verheiratete konnten kaum verstehen, warum ihre Anträge immer noch nach den Erwerbs- und Vermögensverhältnissen ihrer Eltern beurteilt werden müssen. Nach dem neuen Gesetz werden Doktoranden und Studierenden im Vertiefungsstudium die nachweisba-

ren Kosten ihrer Ausbildung bis zu einem Höchstbetrag von 10'000 Franken anerkannt. Ergänzend dazu hatte FDP-Fraktionsprecher Dr. Ernst Walch angeregt, dass man für Doktoranden, und Studierende im Vertiefungsstudium die Möglichkeit schaffen sollte, ein Darlehen in höherem Rahmen als bisher aufnehmen zu können. Nachdem die Regierung keine Einwände gegen eine Erhöhung der bisherigen Limite von 20'000 auf 30'000 Franken äusserte, gab auch der Landtag dem Antrag von Dr. Ernst Walch einhellig statt.

### Rund 12 Prozent Mehrkosten

Die Ausgaben des Staates für Stipendien beliefen sich im Rechnungsjahr 1991 auf 2,413 Millionen Franken. Bei den Darlehen erreichten die Auszahlungen den Betrag von 1,262 Millionen Franken. Mit dem geänderten Gesetz über die staatlichen Ausbildungsbeihilfen ist bei gleichen Studenten- und Schülerzahlen mit erhöhten Ausgaben von rund 12 Prozent zu rechnen. Liechtenstein wendet für die Heranbildung von qualifizierten Akademikern etwa gleichviel an Stipendien auf wie für die berufliche Aus- und Weiterbildung. Das heutige Konzept einer breit gefächerten Förderung in allen Ausbildungsbereichen soll nach Auffassung der Regierung auch für die Zukunft beibehalten werden.

## Sozialwesen beanspruchte fast 49 Mio. Franken

Die Landesrechnung 1991 im Detail - Beitragsverpflichtungen stiegen um 15,2 Prozent auf 119 Mio. Franken an

Im Vergleich zur Vorjahresrechnung erhöhten sich die laufenden Beitragsverpflichtungen des Landes im vergangenen Jahr um 15,7 Millionen Franken, was einer überdurchschnittlichen Zuwachsrate von 15,2 Prozent entspricht. Besonders ausgeprägt fiel die Erhöhung im Bereich der sozialen Wohlfahrt aus, wo die Ergebnisse des Rechnungsjahres 1990 um 6,8 Millionen Franken übertroffen wurden. Um 5,5 Millionen Franken über dem Vorjahresresultat liegen auch die Förderbeiträge für den Unterricht. Schliesslich führten die erheblich angestiegenen Defizite der Spitäler zu einer Ausweitung der Beitragsverpflichtungen im Bereich des Gesundheitswesens. Insgesamt erreichten die laufenden Beitragsleistungen des Landes im Berichtsjahr 1991 eine Summe von 119 Millionen Franken.

Im Gegensatz zum Personal- und Sachaufwand stiegen die laufenden Beitragsleistungen, Subventionen und Defizitanteile, welche das Land in den meisten Aufgabenbereichen zur Förderung beitragsberechtigter Massnahmen ausrichtet, um fast 4,0 Mio. Franken oder um 3,5 % über die Kreditlimiten des Voranschlags an. Sie bilden mit Ausgaben von 119,0 Mio. die betragsmässig gewichtigste Aufwandgruppe mit einem Anteil von 36,4 % der laufenden Gesamtausgaben.

### Mehr Geld für humanitäre Hilfe

Im Aufgabenbereich der Allgemeinen Verwaltung erhöhten sich die Beitragsleistungen um rund 0,6 Mio. Dies ist zur Hauptsache den angestiegenen Leistungen für die humanitäre Hilfe in Krisengebieten zuzuschreiben, welche mit Bewilli-

gung des Landtags um 1,0 Mio. über die Budgetlimiten aufgestockt wurden, um die Not in der Dritten Welt und in den osteuropäischen Staaten zu lindern. Die Mehrleistungen ergeben sich hier vor allem aus der Verdoppelung der Spendenbeiträge, welche den Hilfsorganisationen aus der Bevölkerung zugehen. Im Gegenzug blieben die Beiträge für die Förderung der Kultur und des Sports um 0,4 Mio. hinter dem Budget zurück.

### Mehraufwand im Bildungsbereich

Für den Bildungsbereich fielen die Beitragsleistungen um rund 0,4 Mio. höher als veranschlagt aus, was vor allem auf die stark steigenden Beiträge für die berufliche Aus- und Weiterbildung zurückzu-

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Juni-Autoverkäufe stark zugenommen

Gemäss gestern veröffentlichter Motorfahrzeug-Statistik des Amtes für Volkswirtschaft sind im Juni dieses Jahres in Liechtenstein insgesamt 254 neue Motorfahrzeuge bei der Motorfahrzeugkontrolle immatrikuliert worden. Im Vergleich zum Juni des Vorjahres entspricht dies einem Zuwachs um 30 Fahrzeuge bzw. um 13,4 Prozent. Von Januar bis Juni 1992 sind somit 1356 (Vorjahr: 1360) neue Fahrzeuge in Verkehr gesetzt worden, das sind 0,3 Prozent weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die 254 neuen Fahrzeuge verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Fahrzeugkategorien: 202 Personenkraftwagen, 1 Gesellschaftswagen, 12 Last- und Lieferwagen, 2 Spezialtraktoren, 24 Motor- und Kleinmotorräder, 2 landwirtschaftliche Traktoren sowie 11 Anhänger. Von den 202 neuen Personenkraftwagen, die im Juni verkauft wurden, entfallen 40 auf die Marke VW, 22 auf Opel, 21 auf Toyota und 20 auf Ford. Von der Automobilmarke Audi wurden 14 Modelle verkauft, von Subaru 13, von Nissan 9, von BMW 8 sowie von Peugeot und Renault je 7 Modelle.

Die meisten Autos, nämlich 50, fanden in Vaduz einen Abnehmer bzw. eine Abnehmerin. Auf Schaan entfielen im Juni 42 neue Personenkraftwagen, auf Triesenberg 19, auf Balzers 18, auf Mauren 17, auf Eschen 14 und auf Gamprin 11 neue Autos. Sieben Personenkraftwagen, die im Berichtsjahr in Verkehr gesetzt wurden, wurden schliesslich noch in Ruggell registriert, vier weitere in Schellenberg.

Bei den Motorrädern war Yamaha mit 8 immatrikulierten Modellen die beliebteste Marke unter den Käufern, gefolgt von Honda (7 Modelle) und Suzuki (5).

## Schweiz: Auch im Juni nahm die Arbeitslosigkeit weiter zu

Verlangsamter Anstieg - Quote verharrte gesamtschweizerisch auf 2,7 Prozent - In der Westschweiz und im Tessin 4,5 Prozent

Bern (AP) Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz ist im Juni weiter angestiegen und mit 84 704 Arbeitslosen waren 2583 Menschen mehr ohne Stelle als im Vormonat. Die gesamtschweizerische Arbeitslosenquote verharrte auf 2,7 Prozent. Wie das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) am Dienstag weiter mitteilte, ist vorläufig nicht mit einer Trendwende zu rechnen.

In der ersten Hälfte des Jahres 1992 betrug die durchschnittliche monatliche Arbeitslosenquote 2,5 Prozent, während sie im ersten Halbjahr 1991 noch bei 1,0 Prozent gelegen hatte. Zwar bewirkten die saisonalen Faktoren einen Rückgang der Arbeitslosigkeit in den landwirtschaftlichen Berufen und im Baugewerbe, doch konnten sie einen weiteren Anstieg nicht verhindern, schreibt das BIGA. Während sich im Baugewerbe die Zahl der Arbeitslosen um 220 Personen verringerte, erhöhte sich die Anzahl der Menschen ohne Stelle in der Berufsgruppe Verwaltung und Büro, die am meisten Arbeitslose stellt, um 904 auf 16 426. Unter den restlichen Berufen registrierten die Verkaufsberufe und Berufe der Metallherstellung und -bearbeitung sowie

des Maschinenbaus die grössten Zunahmen.

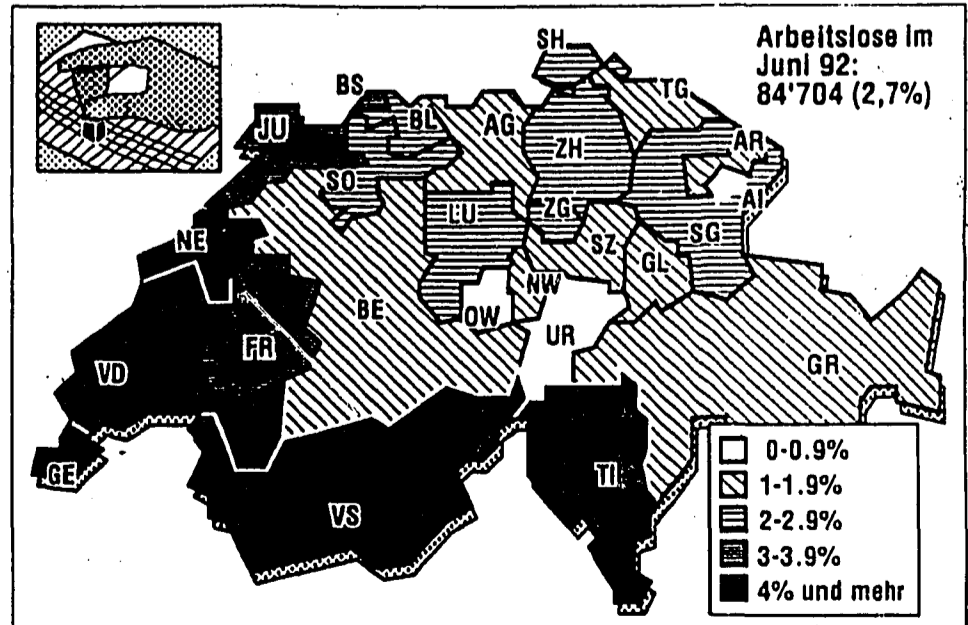
### Verflachung der Anstiegskurve

Wie BIGA-Direktor Jean-Luc Nordmann auf Anfrage sagte, verflache sich zwar die Anstiegskurve der Arbeitslosigkeit doch sei eine Trendwende noch nicht in Sicht. Bis im Herbst könnte sich die Zahl der Arbeitslosen stabilisieren und eventuell gar minim zurückgehen. Allerdings sei bereits im Winter wegen der saisonalen Einflüsse erneut mit einem Ansteigen zu rechnen. Die absolute Zahl der Arbeitslosen werde wohl noch zunehmen, da sich die Erholung der wirtschaftlichen Situation verzögere, sagte Nordmann.

Die Arbeitslosenquote stieg im Juni sowohl in der Westschweiz und im Tessin als auch in der Deutschschweiz um 0,1 Prozentpunkt an. Sie beträgt nun 4,5 Prozent für die Romandie und das Tessin und 2,1 Prozent für die Deutschschweizer Kantone. Den Höchstwert hatte mit 5,3 Prozent (+0,2% gegenüber Vormonat) der Kanton Genf zu verzeichnen, gefolgt von Tessin (4,8/unverändert), Neuenburg (4,8/+0,1), Waadt (4,6/+0,1) und Wallis (4,0/unverändert). Die stärksten Zunah-

men gegenüber dem Vormonat wiesen die Kantone Zürich (+662 Arbeitslose), Waadt (+361), Bern (+347) und Genf (+322) auf. Zurückgegangen ist die Zahl der Arbeitslosen in den Kantonen Graubünden (-101), Wallis (-89), Uri (-4) und Appenzell Innerrhoden (-3).

Die Arbeitslosenquote der Männer stieg gemäss BIGA von 2,5 auf 2,6 Prozent an, bei den Frauen von 2,9 auf 3,0.



Die Arbeitslosigkeit hat im Juni in der Schweiz weiter zugenommen und liegt in der Westschweiz bereits bei mehr als 4,5 Prozent. (Graphik: Keystone)

**DENNER-Satellit**  
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

**Schaan-Vaduz**

**Käseelbutter 200 g**  
statt Fr. 3.- Fr. 1.95

**Gelbe Pflaumen**  
1 kg Fr. 2.50

**Gurken Stück Fr. -.80**  
**Bananen 1 kg Fr. 1.80**

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.